

929 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. März 1973,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Waffengesetz 1967 geändert  
wird (Waffengesetz-Novelle 1973)

Das Waffengesetz sieht als Voraussetzung für die Ausstellung  
einer Waffenbesitzkarte bzw. eines Waffenscheines u.a. die Groß-  
jährigkeit des Bewerbers vor. Im Hinblick auf die mit 1. Juli  
1973 vorgesehene Herabsetzung des Großjährigkeitsalters auf 19  
Jahre schlägt der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates  
aus sicherheitspolizeilichen Gründen vor, daß in der Regel an dem  
bisher geltenden Mindestalter von 21 Jahren für die Ausstellung  
einer Waffenbesitzkarte bzw. eines Waffenpasses festgehalten  
werden soll.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat  
die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 27. März 1973  
in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen  
Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Ver-  
fassungs- und Rechtsangelegenheiten somit den Antrag, der Bundes-  
rat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. März  
1973, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Waffengesetz 1967  
geändert wird (Waffengesetz-Novelle 1973), wird kein Einspruch  
erhoben.

Wien, am 27. März 1973

Dr. Jolanda O f f e n b e c k  
Berichterstatter

Dr. F r u h s t o r f e r  
Obmann